

Medienmitteilung

Thema	glp Thurgau sagt viermal Ja
Für Rückfragen	Andreas Schelling, Sekretär a.i. glp TG, Tel. 079 300 05 35
Absender	Grünliberale Partei Kanton Thurgau E-Mail tg@grunliberale.ch Web www.tg.grunliberale.ch
Ort und Datum	Frauenfeld, 15. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren

An der öffentlichen Mitgliederversammlung im Brauhaus zum Sternen in Frauenfeld fasste die Grünliberale Partei Thurgau am Donnerstag, 12. Januar ihre Parolen für die Abstimmungen vom 12. Februar 2017.

Kantonale Vorlage: Gegenvorschlag zur Kulturlandinitiative

Der Gegenvorschlag zur Verfassungsänderung wurde durch den Präsidenten des Initiativkomitees Kantonsrat Toni Kappeler (Grüne) präsentiert. Der Verfassungsartikel fordert einen quantitativen Schutz des Nichtsiedlungsgebietes und eine hochwertige Siedlungsentwicklung gegen innen (Verdichtung). Es wurde betont, dass der Verfassungsartikel durchaus Raum für Entwicklung zulässt und dass im Kanton Baulandreserven von 1298 ha vorhanden sind. Die anwesenden Mitglieder fassten einstimmig die Ja-Parole.

Eidgenössische Vorlage: Unternehmenssteuerreform III

Sehr engagiert vertrat der Gastreferent Julian Fitze (SP) die Kontra-Seite. Der Reformbedarf sei unbestritten. Die von der OECD als schädlich taxierten Steuerpraktiken müssten korrigiert werden. Die SP hätte die Vorlage, wie sie der Bundesrat ans Parlament überwiesen habe, zustimmen können. Die bürgerliche Mehrheit habe aber das Fuder dermassen überladen, dass die SP die Vorlage nun bekämpfe. Die neuen Praktiken wie Patentboxen, Abzüge für Forschung und Entwicklung sowie die zinsbereinigte Gewinnsteuer kämen vor allem den internationalen Grosskonzernen zu gute, während KMUs davon kaum profitieren dürften. Die grossen Steuerausfälle müssten mit Steuererhöhungen und unbequemen Sparprogrammen ausgeglichen werden. Nur ein Nein zur Vorlage mache den Weg für eine ausgewogenere Lösung frei. Diese könne im Parlament schnell erarbeitet und verabschiedet werden.

Glp-Kantonsrat Ueli Fisch (Pro) streicht die Ziele der Vorlage hervor. Es gehe darum, die schädlichen Steuerpraktiken abzuschaffen, ohne dabei die internationale Konkurrenzfähigkeit im Steuerwettbewerb oder die Steuereinnahmen zu gefährden. Es brauche eine Reform. Ohne diese komme es zu Rechtsunsicherheit, welche zu nicht prognostizierbaren Abwanderungen von Firmen führen könne.

Da rund 150'000 Arbeitsplätze seien direkt von der Reform betroffen seien, könne dies zu substantielle Steuerausfälle und Arbeitslosigkeit führen. Vor diesem Hintergrund seien die durch die Reform verursachten Mindereinnahmen im Kanton Thurgau von rund 17 Mio. Franken / Jahr das kleinere Übel. Fisch bezweifelt, dass bei einer Ablehnung des Pakets schnell eine neue Lösung gefunden werden könne.

Fisch geht zudem auf die geplante Umsetzung im Kanton ein, wie sie die Regierung in die Vernehmlassung gegeben hat. Der Kanton will nicht alle der neu geschaffenen Instrumente anwenden. Zudem strebt der Kanton eine tiefere Entlastungsbegrenzung vor. Damit werde die USR3 im Kanton mit Augenmass umgesetzt.

Nach lebhafter Diskussion beschloss die Mitgliederversammlung mit 70% Ja, 15% Nein und 15% Enthaltungen die Ja-Parole für die USR III.

Erleichterte Einbürgerung 3. Ausländergeneration

Kantonsrat Robert Meyer (Präsident glp Thurgau) stellt die Vorlage vor. Dabei gehe es darum Ausländern der 3. Generation sowie staatenlosen Kindern die Einbürgerung zu erleichtern. Damit würde für sie vom gleichen Verfahren profitieren, wie es heute bei der Einbürgerung von Ehepartnern angewendet werde. Auch im erleichterten Verfahren würde die Integration der Antragssteller geprüft. Die Gegenkampagne bediene mit Burka-Plakaten Vorurteile, welche mit der Vorlage wenig zu tun hätten. Es wird einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Fonds für Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr (NAF)

In der zweiten kontradiktorisch behandelten Vorlage des Abends vertrat Nationalrat Hansjürg Walter (SVP) die Pro-Seite. Analog zur Fondsfinanzierung für den ÖV (FABI) mache eine Fondsfinanzierung auch für den Strassenverkehr und die Agglomerationsprogramme Sinn. Vorteil sei eine regelmässige Äufnung. Die Freigabe der einzelnen Ausbauschritte erfolge nach wie vor durch Parlament. Nachdem die Erhöhung der Autobahnvignette auf 100.- Franken vom Volk verworfen worden sei, komme nun ein anders Finanzierungsmodell zur Anwendung. Auf der Einnahmenseite wird der Mineralölsteuerzuschlag um 4 Rp. erhöht. Hinzu kommt die neue Abgabe für E-Fahrzeuge sowie 10% der Mineralölsteuer. Die Kantone bringen 60 Mio. ein und werden im Gegenzug durch die Übernahme von Strassen durch den Bund entlastet. Auf der Ausgabenseite kommen die Gelder den Nationalstrassennetz sowie den Agglomerationsprogrammen zugute.

Der Kontra-Referent Kantonsrat Jost Rüegg (Grüne) erwiderte: Die Fondslösung an sich werden von der GP und der SP nicht bestritten. Zur Vorlage des Bundesrates hätten die Parteien ja gesagt. Nun aber sei vom Parlament mit der Reduktion des Mineralölsteuerzuschlags auf 4 Rp. das Verursacherprinzip derart untergraben worden, dass die Vorlage abzulehnen sei. Der Automobilist trage rund 0.5% der Kosten selber, während im Rahmen von FABI die Billetpreise um 10% erhöht worden seien. Diese Ungleichbehandlung sei weder sachlich gerechtfertigt noch nachvollziehbar.

Nach weiterer reger Diskussion beschloss die glp-Mitgliederversammlung auch für die NAF-Vorlage die Ja-Parole mit 85% Ja, 10% Nein und 5% Enthaltungen, bevor es zum Neujahrsapéro ging.

Andreas Schelling
Sekretär a.i. glp Thurgau



Die Mitgliederversammlung der glp Thurgau fand im Brauhaus zum Sternen in Frauenfeld statt. Hier während der Diskussion um den NAF mit Nationalrat Hansjürg Walter (SVP und Kantonsrat Jost Rüegg (Grüne).